

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N i e d e r s c h r i f t

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 11.05.2020
Raum: Neue Aula der KGS Rastede, Bahnhofstraße 5, 26180 Rastede
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:20 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzender:

Bürgermeister:

Protokollführer:

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Hans-Dieter Röben CDU

ordentliche Mitglieder

Herr Erich Bischoff CDU

Herr Hendrik Lehnert CDU

Herr Reiner Wessels CDU

Herr Rüdiger Kramer SPD

Frau Monika Sager-Gertje SPD

Herr Horst Segebade SPD

Frau Evelyn Fisbeck FDP

Herr stv. BM Gerd Langhorst B90/Grüne

Herr Eckhard Roese B90/Grüne

Herr Theo Meyer UWG

Verwaltung

Herr Bürgermeister Lars Krause

Herr Günther Henkel

Herr Stefan Unnewehr

Frau Sandra Ahlers

Herr Ralf Kobbe

Protokoll

Herr Rabih Hassoun

Technik

Gäste

Frau Janina Lasar vom Planungsbüro Diekmann, Mosebach & Partner

Herr Frank Jacob von der Nordwest-Zeitung Rastede

Frau Britta Lübbers von der Rasteder Rundschau

sowie 10 weitere Zuhörer

VERZEICHNIS DER TAGESORDNUNGSPUNKTE

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.02.2020
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 1. Änderung des Bebauungsplans 36 - Hahn-Lehmden
Vorlage: 2020/030
- 6 4. Änderung des Bebauungsplans 16 - Nethen - westlich Heideweg
Vorlage: 2020/064
- 7 Haltestellen im Gemeindegebiet
Vorlage: 2020/041
- 8 Straßenbenennung im Wohngebiet "Nördlich Feldstraße"
Vorlage: 2020/036
- 9 Verpflichtung zum Verzicht auf Plastikprodukte - Antrag der Gruppe
CDU/Grüne
Vorlage: 2020/040
- 10 Maßnahmen gegen den Klimawandel - Antrag der Gruppe CDU/Grüne
Vorlage: 2020/042
- 11 Einwohnerfragestunde
- 12 Schließung der Sitzung

Tagesordnungspunkt 1

Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben eröffnet die Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen um 17:00 Uhr.

Tagesordnungspunkt 2

Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Anwesend sind 11 stimmberechtigte Mitglieder.

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Tagesordnung wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 3

Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 11.02.2020

Der Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt, Straßen beschließt:

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 11.02.2020 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Tagesordnungspunkt 4

Einwohnerfragestunde

Herr Röben weist darauf hin, dass die Möglichkeit besteht, Fragen an den Bürgermeister zu richten. Es folgt eine Anfrage eines Einwohners, die vom Bürgermeister beantwortet wird. Folgendes Anliegen wird inhaltlich thematisiert:

- Protokollierung der Einwohnerfragestunde

Hinweis: In §17, Absatz 2 der Geschäftsordnung des Rates ist nachfolgende Regelungen festgehalten: „Im Protokoll werden die wesentlichen Inhalte der Verhandlungen festgehalten. Ein Wortprotokoll ist ausgeschlossen. Aus dem Protokoll muss ersichtlich sein, wann und wo die Sitzung stattgefunden hat, wer an ihr teilgenommen hat, welche Gegenstände verhandelt, welche Beschlüsse gefasst und welche Wahlen angenommen worden sind. Die Abstimmungsergebnisse sind festzuhalten. Jedes Ratsmitglied kann verlangen, dass aus dem Protokoll hervorgeht, wie es abgestimmt hat; dies gilt nicht bei geheimer Stimmabgabe.“

Tagesordnungspunkt 5

1. Änderung des Bebauungsplans 36 - Hahn-Lehmden
Vorlage: 2020/030

Sitzungsverlauf:

Frau Lasar vom Planungsbüro Diekmann, Mosebach & Partner erläutert anhand einiger Folien (Anlage 1 der Niederschrift) die Grundzüge der Planung und weist dabei insbesondere auf die Herleitung aus dem Konzept zur verträglichen Innenentwicklung hin.

Frau Sager-Gertje begrüßt vom Grundsatz her die vorgestellte Planung, gibt aber zu verstehen, dass bei der weiteren Umsetzung des Konzeptes zur verträglichen Innenentwicklung es aus ihrer Sicht sinnvoll erscheint, die örtlichen Bauvorschriften zu ergänzen, um erforderliche weitergehende Anpflanzungen beziehungsweise Begleitgrün festsetzen zu können, damit wie zuletzt im Zentrum von Hahn-Lehmden eine komplette Versiegelung verhindert werden kann.

Herr Langhorst begrüßt den Vorschlag von Frau Sager-Gertje und führt ergänzend aus, dass Hahn-Lehmden als Grundzentrum insgesamt stärker in den Fokus rücken muss und gewisse Standards bei der Begrünung selbstverständlich sein und entsprechend eingefordert werden sollten.

Beschlussempfehlung:

1. Der Bebauungsplan 36 wird hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung geändert und örtliche Bauvorschriften als Satzung erlassen.
2. Dem Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplans 36 wird zugestimmt.
3. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 BauGB im vereinfachten Verfahren durchgeführt.
4. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 6

**4. Änderung des Bebauungsplans 16 - Nethen - westlich Heideweg
Vorlage: 2020/064**

Sitzungsverlauf:

Frau Lasar vom Planungsbüro Diekmann, Mosebach & Partner erläutert anhand einiger Folien (Anlage 2 der Niederschrift) die Grundzüge der Planung und weist dabei insbesondere auf die Herleitung aus dem Konzept zur verträglichen Innenentwicklung hin.

Es erfolgt keine weitere Aussprache.

Beschlussempfehlung:

1. Der Bebauungsplan 16 wird hinsichtlich des Maßes der baulichen Nutzung geändert und örtliche Bauvorschriften als Satzung erlassen.
2. Dem Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplans 16 wird zugestimmt.
3. Die Öffentlichkeitsbeteiligung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange werden gemäß § 13a Abs. 2 Nr. 1 BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 Satz 1 BauGB im vereinfachten Verfahren durchgeführt.
4. Von einer Umweltverträglichkeitsprüfung wird gemäß § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	1
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 7

Haltestellen im Gemeindegebiet Vorlage: 2020/041

Sitzungsverlauf:

Herr Unnewehr stellt anhand einer umfangreichen Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt ist, die wesentlichen Inhalte der Beschlussvorlage sowie die vorgesehenen Sanierungsmaßnahmen vor. Darüber hinaus weist er darauf hin, dass zunächst die Bedienebene 1 und 2 bedacht wurde und die Haltestellen Liethe (Silberkamp) Neusüdende (Oldenburger Str.), Leuchtenburg (Denkmal), Rastederberg (Ackerweg), Leuchtenburg (Ostendorf) und Liethe (Bahnübergang) aus haushalts-technischen Gründen aktuell nicht berücksichtigt wurden.

Herr Lehnert dankt der Verwaltung für die umfangreiche Darstellung und die aussagekräftige Vorlage, sodass die Fraktionen nunmehr eine belastbare Arbeitsgrundlage haben. Er begrüßt außerdem, dass neben den größeren Baumaßnahmen auch kleinere Umbauten mit aufgenommen wurden, die vom eigenen Personal dynamisch und bedarfsgerecht umgesetzt werden können.

Frau Fisbeck erinnert daran, dass sie seinerzeit beantragt hat, alle Bushaltestellen unabhängig von den Einstiegszahlen mit einer Beleuchtung auszustatten. Sie hinterfragt, ob und inwieweit die Installation einer Beleuchtung förderfähig ist.

Herr Unnewehr führt aus, dass die Beleuchtung nicht Bestandteil der Barrierefreiheit ist.

Herr Langhorst zeigt sich grundsätzlich erfreut darüber, dass das Haltestellenkonzept weiter verfolgt wird, bedauert jedoch, dass der Prozess insgesamt zu zögerlich vorangeht und deshalb eine stärkere Prioritätensetzung zugunsten des ÖPNV erfolgen müsste.

Herr Kramer legt dar, dass bis zu 87,5 Prozent durch den Zweckverband Bremen / Niedersachsen gefördert werden und zahlreiche Kommunen um Fördergelder ringen, da die umfangreichen Maßnahmen ohne entsprechende Zuschüsse kaum umsetzbar sind. Vor diesem Hintergrund wäre eine schnellere Umsetzung nur mit einem höheren Gesamtetat des Zuschussgebers zu realisieren.

Herr Theo Meyer betont, dass die UWG Rastede froh darüber ist, dass das Haltestellenkonzept vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzlage überhaupt vorangeht. Dessen ungeachtet wäre aus seiner Sicht eine Beleuchtung an allen Haltestellen wünschenswert, da dies nicht nur zur Sicherheit der Fahrgäste beiträgt, sondern auch vorteilhaft für den Fahrer beim Erkennen möglicher Fahrgäste ist.

Beschlussempfehlung:

Die Ausführungen zum Umbau barrierefreier Haltestelle und den sich darstellenden Bedarf aus den Anlagen 1 bis 4 werden zur Kenntnis genommen. Vom seinerzeit

gefassten Beschluss, die Haltestellenausstattung in Abhängigkeit der Einsteigerzahlen zu bestimmen, wird mangels belastbarer Informationen / Einstiegszahlen Abstand genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 8

**Straßenbenennung im Wohngebiet "Nördlich Feldstraße"
Vorlage: 2020/036**

Sitzungsverlauf:

Herr Segebade erklärt, dass der Vorschlag der Verwaltung gut ist, jedoch im aktuellen Fall nur die zweitbeste Lösung darstellt, da das angrenzende Ipweger Moor einmalige Pflanzenarten beherbergt, die einen lokalen Bezug zum Neubaugebiet haben. Er weist darauf hin, dass an den Wegesrändern sogar gefährdete beziehungsweise seltene Pflanzen wie der Sonnentau oder die Moltebeere gedeihen und auch die weitverbreitete Blaubeere, die in der norddeutschen Umgangssprache als Bickbeere bekannt ist, häufig anzutreffen ist. Er unterbreitet daraufhin den Antrag:

- *Die Gemeindestraßen im Wohngebiet „Nördlich Feldstraße“ erhalten die Namen Sonnentauweg, Moltebeerenweg und Bickbeerenweg.*

Herr Lehnert gibt zu verstehen, dass zwei gute Vorschläge vorliegen und sich die Gruppe CDU/GRÜNE dem Vorschlag der SPD-Fraktion anschließt.

Frau Fisbeck begrüßt die Idee mit den typischen heimischen Pflanzen, beantragt jedoch, die Straßennamen nicht als Weg zu bezeichnen, sondern mit der Endung „Straße“ zu versehen.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Röben über den nachfolgenden weitergehenden Antrag von Frau Fisbeck abstimmen:

- *Die Gemeindestraßen im Wohngebiet „Nördlich Feldstraße“ erhalten die Namen Sonnentaustraße, Moltebeerenstraße und Bickbeerenstraße.*

Bei 1 Ja-Stimme und 10 Nein-Stimmen wird der Antrag abgelehnt.

Im weiteren Verlauf stellt Herr Röben den Antrag von Herrn Segebade zur Abstimmung.

Beschlussempfehlung:

Die Gemeindestraßen im Wohngebiet „Nördlich Feldstraße“ erhalten die Namen Sonnentauweg, Moltebeerenweg und Bickbeerenweg.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	10
Nein-Stimmen:	1
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 9

Verpflichtung zum Verzicht auf Plastikprodukte - Antrag der Gruppe CDU/Grüne Vorlage: 2020/040

Sitzungsverlauf:

Herr Lehnert stellt für die Gruppe CDU/Grüne den eingebrachten Antrag noch einmal ausführlich vor und unterbreitet nachfolgenden Beschlussvorschlag:

- *Die Gemeinde Rastede und die Residenzort Rastede GmbH verpflichten sich, im eigenen Gebrauch auf Produkte aus Plastik (z. B. Verpackungs- und Verbrauchsmaterialien wie Strohhalme, Einmalgeschirr, etc.) zu verzichten, wenn es vergleichbare wiederverwertbare Produkte oder Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen gibt, die bisher übliche Plastikprodukte ersetzen können.*
- *Die Verwaltung wird beauftragt, die Verpflichtung zum Verzicht auf Einwegplastikprodukte in den Nutzungsverträgen zwischen Gemeinde Rastede beziehungsweise Residenzort Rastede GmbH und Nutzern des Turnierplatzgeländes bzw. des Kögel-Willms-Platzes aufzunehmen. Nachweislich vor dem 01.01.2020 gekaufte Restbestände an Einwegplastikprodukten dürfen aufgebraucht werden, um nicht ungenutzt entsorgt zu werden.*

Herr Henkel erklärt, dass sich auch die Verwaltung im Vorfeld der Sitzung Gedanken zu der Thematik gemacht hat und sogar einen weitergehenden Vorschlag erarbeitet hat, der alle öffentlichen Einrichtungen berücksichtigt und wie folgt aussieht:

1. *Die Gemeinde Rastede und die Residenzort Rastede GmbH verpflichten sich, in öffentlichen Einrichtungen auf Produkte aus Plastik(bestandteilen) (z. B. Verpackungs- und Verbrauchsmaterialien wie Strohhalme, Einmalgeschirr etc.) zu verzichten, wenn es vergleichbare oder wiederverwertbare Produkte ohne Plastik(bestandteile) gibt, die bisher übliche Plastikprodukte ersetzen können. Diese Verpflichtung ist, soweit Nutzungsvereinbarungen abgeschlossen werden, den Veranstaltern, Gruppen oder Vereinen (Nutzer) aufzuerlegen*
2. *Soweit Nutzer Dritte mit der Bereitstellung von Dienstleistungen beauftragen, sind letztere anzuhalten, sich ebenfalls dieser Verpflichtung zu unterwerfen.*
3. *[Den Nutzern wird, soweit Restbestände vorhanden sind, die weitere Verwendung bis spätestens zum 31.12.2021 gestattet.]*

Bürgermeister Krause gibt zu verstehen, dass es wichtig ist, alle Beteiligten gleich zu behandeln, und der Beschlussvorschlag dahingehend geändert werden sollte, dass bei bereits eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen ebenfalls eine Übergangsfrist bis zum 31.12.2021 eingeräumt wird. Im Übrigen sollte es den bereits durch die Corona-Krise arg gebeutelten Vereinen beziehungsweise Veranstaltern nicht noch schwerer gemacht werden.

Herr Langhorst schließt sich den Vorrednern thematisch weitestgehend an und befürwortet, dass die aktuell durch die Corona-Krise nicht aufzubrauchenden Plastikprodukte auch noch im kommenden Jahr genutzt werden dürfen. Dessen ungeachtet regt er an, darüber nachzudenken, bei der Weltmeisterschaft für Showbands im kommenden Jahr aus Imagegründen komplett auf Plastikprodukte zu verzichten und

dem Verein die Möglichkeit zu eröffnen, noch vorhandene Plastikprodukte dann im Jahr 2022 aufzubreuchen.

Herr Kramer unterstützt ebenfalls den Verzicht auf Plastikprodukte weist aber darauf hin, dass die Verwendung von Gläsern insbesondere auf dem Turnierplatz aus Sicherheitsgründen problematisch ist und sich diesbezüglich bei zahlreichen Großveranstaltungen die Verwendung von Hartplastikbechern im Mehrwegsystem bewährt hat.

Herr Lehnert und Herr Langhorst greifen den Vorschlag von Herrn Kramer auf und regen übereinstimmend an, Mehrwegplastikprodukte auch künftig zuzulassen.

Herr Roese erkundigt sich, ob und inwieweit bereits die Weltmeisterschaft für Showbands im kommenden Jahr plastikfrei sein kann und ob dem Veranstalter die Möglichkeit eröffnet werden sollte, noch vorhandene Restbestände im Jahr 2022 aufzubreuchen.

Frau Sager-Gertje gibt zu verstehen, dass solch eine Regelung auch kontraproduktiv sein kann, zumal wenn man im Vorfeld aus Imagegründen die Veranstaltung als plastikfrei bewirbt und ein Jahr später wieder Plastikprodukte zulässt und benutzt.

Bürgermeister Krause ergänzt, dass selbstverständlich noch einmal das Gespräch mit dem Verein geführt werden kann, jedoch nach seiner Kenntnis bereits Verträge für die Weltmeisterschaft mit Gastronomen in Vorbereitung sind beziehungsweise bereits abgeschlossen wurden, die die Verwendung von Plastikprodukten vorsehen.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Röben über den von Herrn Henkel dargelegten und um die Textbausteine unter Punkt 1 „mit Ausnahme von Mehrwegprodukte (z. B. Hartplastikbecher)“ sowie unter Punkt 3 „bereits eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen“ ergänzten Vorschlag abstimmen.

Beschlussempfehlung:

1. Die Gemeinde Rastede und die Residenzort Rastede GmbH verpflichten sich, in öffentlichen Einrichtungen auf Produkte aus Plastik(bestandteilen) (z. B. Verpackungs- und Verbrauchsmaterialien wie Strohhalme, Einmalgeschirr etc.) mit Ausnahme von Mehrwegprodukten (z. B. Hartplastikbecher) zu verzichten, wenn es vergleichbare oder wiederverwertbare Produkte ohne Plastik(bestandteile) gibt, die bisher übliche Plastikprodukte ersetzen können. Diese Verpflichtung ist, soweit Nutzungsvereinbarungen abgeschlossen werden, den Veranstaltern, Gruppen oder Vereinen (Nutzer) aufzuerlegen.
2. Soweit Nutzer Dritte mit der Bereitstellung von Dienstleistungen beauftragen, sind letztere zu verpflichten, sich ebenfalls dieser Vereinbarung zu unterwerfen.
3. Den Nutzern wird, soweit Restbestände nachweislich vor dem 01.01.2020 angeschafft wurden oder bereits etwaige vertragliche Verpflichtungen vorliegen, die weitere Verwendung bis spätestens zum 31.12.2021 gestattet.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 10

Maßnahmen gegen den Klimawandel - Antrag der Gruppe CDU/Grüne Vorlage: 2020/042

Sitzungsverlauf:

Herr Langhorst erläutert eingangs noch einmal umfänglich den eingebrachten Antrag der Gruppe CDU/GRÜNE und unterbreitet nachfolgenden Beschlussvorschlag:

1. *Fortan werden bei Investitionen und dem laufenden Betrieb die Auswirkungen des Handelns auf das Klima noch stärker als bisher berücksichtigt und die Lösungen bevorzugt, die sich positiv auf Klima-, Umwelt- und Artenschutz auswirken. Der Klimaschutzmanager der Gemeinde oder eine eingesetzte dritte Person (z.B. Architekt) werden beauftragt, zu jeder Beschlussvorlage eine Stellungnahme zu verfassen.*
2. *Die Gemeinde Rastede strebt die Klimaneutralität bis 2040 an. Hierzu werden messbare Zielgrößen benötigt. Daher wird auf der Basis des vorhandenen Energieberichts 2019 eine Treibhausgasbilanz, als CO₂ Startbilanz über die klimarelevanten Emissionen der Kommune erstellt. Die CO₂ Bilanz umfasst verschiedene Stufen: Zunächst sollen die gemeindeeigenen Liegenschaften erfasst werden. Im nächsten Schritt erfolgt, soweit erfassbar, die Analyse der Verbräuche aus Wirtschaft, Verkehr und der Haushalte.*
3. *Die Maßnahmen für den Klimaschutz aus allen sechs Handlungsfeldern des European Energy Award Berichts 2019 werden in ein umfassendes Handlungskonzept eingebettet. Der nachzubesetzende Klimaschutzmanager wird mit der Erstellung eines integrierten Klimaschutzkonzepts für die Gemeinde Rastede betraut, welches spätestens 1 Jahr nach Einstellung vorzustellen ist.*
4. *Eine Analyse der zukünftig notwendigen Klimafolgeanpassungen für die Gemeinde ist zu erstellen sowie Maßnahmen und Kosten zu ermitteln und in einer gesonderten Vorlage dem Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vorzustellen. Dies betrifft u.a. folgende Handlungsfelder:*
 - *Vorsorge bei Starkregenereignissen*
 - *Wassermanagement bei Dürreperioden*
 - *Veränderung von Pflanzengesellschaften wie Straßenbegleitgrün*
 - *Informationen der Bürger hinsichtlich Gefahren bei Hitzeereignissen*
 - *Möglichkeiten zur vermehrten Speicherung von Kohlenstoff (z.B. Erhalt der Moorflächen, Wald-, Land-, Bodenmanagement)*
 - *Erhalt der biologischen Vielfalt*
5. *Die nach Abzug der erforderlichen Aufwendungen eingesparten Energiekosten sollen, soweit sie beziffert werden können, zur Erreichung der Klimaschutzziele und der Reduktion von Klimafolgeschäden reinvestiert werden.*
6. *Der Bürgermeister und der Klimaschutzmanager berichten dem Rat und der Öffentlichkeit jährlich über den Stand der Reduktion der Treibhausgasemissionen sowie über wesentliche Fortschritte im Bereich der oben genannten Belange des Klimaschutzes.*

Herr Henkel stellt anhand einer umfangreichen Präsentation, die der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt ist, noch einmal den Antragsgegenstand, die möglichen Umsetzungsbedingungen sowie die dafür erforderlichen Voraussetzungen vor. Er erinnert daran, dass sich der Gemeinderat mit der anzustrebenden Klimaneutralität bereits

2015 auseinandergesetzt hat und sich zuletzt 2019 die Politik im Zusammenhang mit dem European Energy Award (EEA) dem Thema gewidmet hat, wobei ein für ihn erforderliches Klimaschutzkonzept als Grundlage für das weitere Handeln seinerzeit nicht gewollt war. Stattdessen sollte das Geld in konkrete Maßnahmen fließen, wobei bislang diesbezüglich noch keine weitere Konkretisierung stattgefunden hat. Darüber hinaus weist er mit Blick auf die angespannte Haushaltslage und den noch unklaren Folgen der Corona-Pandemie darauf hin, dass ein ernsthaft betriebener Klimaschutz auf allen Ebenen nicht unerhebliche Finanzmittel bindet, sodass die Einwerbung von Drittmitteln unumgänglich ist, um die dargelegten Aufgabenstellungen überhaupt bewältigen zu können. Abschließend unterbreitet er nachfolgenden Vorschlag hinsichtlich einer möglichen Umsetzung:

Die Verwaltung wird unter der Zielsetzung der angestrebten und definierten Klimaneutralität beauftragt,

- *die Arbeiten am European Energy Award abzuschließen als Voraussetzung für ein Klimaschutzkonzept,*
- *Personalressourcen zu rekrutieren, die ein Klimaschutzkonzept mit Folgemaßnahmen erarbeitet und die Öffentlichkeitsbeteiligung organisiert und begleitet,*
- *Klimaschutz als Bestandteil von Entscheidungsvorschlägen zu integrieren und insoweit Grundlagen zu beauftragen oder zu erarbeiten,*
- *turnusmäßig Berichte des Tätigkeitsfeldes vorzulegen, wobei die Frequenz aktualisiert werden kann,*
- *die vorgenannten Aufgabenstellungen unter besonderer Beachtung von Drittmitteln durchzuführen und*
- *im Herbst 2020 ist ein Zwischenbericht vorzulegen.*

Frau Fisbeck signalisiert Ablehnung zum Beschlussvorschlag der Gruppe CDU/GRÜNE und gibt zu verstehen, dass sie sich ausdrücklich gegen die Einstellung von neuen Personal ausspricht, da die dafür benötigten Finanzmittel derzeit nicht zur Verfügung stehen. Dessen ungeachtet bemerkt sie, dass die Gemeinde Rastede bei nahezu allen auf den Weg gebrachten Maßnahmen immer auch die ökologischen Auswirkungen im Blick gehabt, jedoch die 2019 vorgestellte EEA-Bewertung dies komplett unberücksichtigt gelassen hat.

Herr Henkel erwidert, dass in der Vergangenheit der Fokus darauf lag, Geld zu sparen und der dadurch gegebenenfalls erreichte positive Effekt für das Klima eher nachrangig betrachtet wurde.

Herr Kramer weist darauf hin, dass beim Landkreis Ammerland ein Klimaschutzkonzept in einer fraktionsübergreifenden Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Verwaltung erarbeitet wurde, sodass er ein ähnliches Vorgehen auch für die Gemeinde Rastede als erstrebenswerte bezahlbare Alternative erachtet. Er legt dar, dass die SPD-Fraktion vor diesem Hintergrund den nachfolgenden Vorschlag als Grundidee erarbeitet hat, jedoch auch die weitergehenden Ausführungen von Herrn Henkel mittragen kann:

- *Die Gemeinde Rastede strebt die Klimaneutralität bis 2040 an. Dazu erstellt sie ein Klima- und Energiekonzept.*
- *Zur Erstellung dieses Rasteder Klimaschutz- und Energiekonzeptes richtet sie eine Arbeitsgruppe bestehend aus Abgeordneten sämtlicher Ratsfraktionen sowie Vertretern der Gemeindeverwaltung ein. Spätestens im Herbst 2021 muss das Konzept dem Rat vorgelegt werden.*

Herr Theo Meyer und Frau Fisbeck bemerken hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Kramer übereinstimmend, dass sie die Gründung einer Arbeitsgruppe als ersten Schritt begrüßen und mittragen würden, jedoch die zuvor im Raum stehenden nicht unerheblichen Investitionen zum jetzigen Zeitpunkt ablehnen.

Herr Lehnert begrüßt, dass sich alle Fraktionen intensiv Gedanken gemacht haben und weiter bestrebt sind, sich mit dem Thema Klima und Umwelt auseinanderzusetzen und das Ziel, die Klimaneutralität bis 2040 zu erreichen, fraktionsübergreifend befürwortet wird. Im Übrigen erwartet er auch, dass die Stelle des Klimaschutzbeauftragten in absehbarer Zeit nachbesetzt wird.

Herr Henkel gibt zu verstehen, dass die 2016 geschaffene Stelle des Klimaschutzmanagers befristet bis zum Abschluss des EEA-Prozesses eingerichtet wurde und es sich dabei auch nur um eine halbe Stelle handelt, da der bisherige Stelleninhaber unter anderem auch noch organisatorische und konzeptionelle Aufgaben im Bereich der Kläranlage zu bearbeiten hatte.

Bürgermeister Krause stellt abschließend fest, dass der gesamte Rat hinter dem Klimaschutz steht und sich auch nicht auseinanderdividieren lassen, sondern gemeinsam schauen sollte, welche Maßnahmen und Projekte umsetzbar sind, um einen Beitrag zum Klimaschutz leisten zu können. Vor diesem Hintergrund ist es auch aus seiner Sicht richtig, zunächst einen Arbeitskreis zu gründen, wobei auch externen Gruppen oder Einzelpersonen die Mitarbeit ermöglicht werden sollte. Letztendlich darf dieses Vorgehen aber nicht dazu führen, dass unzählige Berichte eingefordert und erstellt, sondern zielgerichtet die Aufgabenstellung gegebenenfalls unter Beteiligung eines „Nachhaltigkeitsmanagers“ abgearbeitet werden.

Auf Nachfrage von Frau Fisbeck hinsichtlich der Formulierungen zum Personal und zur gewünschten Gründung einer Arbeitsgruppe im Vorschlag von Herrn Henkel erklärt Herr Kramer, dass unter dem Punkt „Personalressourcen zu rekrutieren“ beispielsweise zu verstehen ist, dass die Verwaltung freiwillige Fraktionsmitglieder und Verwaltungsmitarbeiter für eine zu gründende Arbeitsgruppe zusammenstellt.

Sodann lässt der Ausschussvorsitzende Herr Röben über den Vorschlag von Herrn Henkel abstimmen.

Beschlussempfehlung:

Die Verwaltung wird unter der Zielsetzung der angestrebten und definierten Klimaneutralität beauftragt,

- die Arbeiten am European Energy Award abzuschließen als Voraussetzung für ein Klimaschutzkonzept,
- Personalressourcen zu rekrutieren, die ein Klimaschutzkonzept mit Folgemaßnahmen erarbeitet und die Öffentlichkeitsbeteiligung organisiert und begleitet,
- Klimaschutz als Bestandteil von Entscheidungsvorschlägen zu integrieren und insoweit Grundlagen zu beauftragen oder zu erarbeiten,
- turnusmäßig Berichte des Tätigkeitsfeldes vorzulegen, wobei die Frequenz aktualisiert werden kann,
- die vorgenannten Aufgabenstellungen unter besonderer Beachtung von Drittmitteln durchzuführen und
- im Herbst 2020 ist ein Zwischenbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	11
Nein-Stimmen:	
Enthaltung:	
Ungültige Stimmen:	

Tagesordnungspunkt 11

Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen an den Bürgermeister gestellt.

Tagesordnungspunkt 12

Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Röben schließt die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt, Straßen um 19:20 Uhr.